

Bush scheitert im Irak

Autor(en): **Mäder, Horst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **82 (2007)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-715051>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ERSCHLOSSEN

MF 28 1670

Bush scheitert im Irak

Starke Verluste – Immer mehr Attentate – Washington sucht Ausweg

Die bisherige Irakstrategie der USA soll verändert werden, denn die USA sehen mit zunehmenden Verlusten bei ihren Soldaten keine Befriedung der Lage. Eine überparteiliche Studiengruppe, der auch der neue Verteidigungsminister angehörte, soll Auswege aus der Krise weisen.

Die «Midterm»-Wahlen zum US-Kongress sind geschlagen. Die republikanische Administration Bush und deren Partei haben

Brigadier Horst Mäder, Baden bei Wien

empfindliche Verluste hinnehmen müssen. Ein wichtiger Grund dafür war der Irakkrieg. Man kreidet Bush und seinem Team vor allem an, den Krieg mit falschen Behauptungen inszeniert zu haben. Und viele Generale und Fachleute werfen dem Verteidigungsministerium eine falsche Strategie vor. Zu wenig Truppen – mehrere Hunderttausend anstatt bloss 150 000 Soldaten – für die Besatzungszeit, ein zunehmendes Abgleiten in ein Chaos. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld musste nach den Wahlen seinen Hut nehmen.

Verfehltter Ansatz

Von Anfang an ist die amerikanische Strategie darauf ausgerichtet gewesen, eine demokratische, zusammenarbeitende, USA-freundliche Regierung in Bagdad zu bilden, welche die Verantwortung über die interne Sicherheit der Nation übernimmt. Das amerikanische Heer, das US Marine Corps und die Koalitionstruppen hatten den Auftrag erhalten, eine sichere Umgebung zu schaffen, damit dies erreicht werden kann. Doch diese Regierung besteht aus feindlichen und konkurrierenden Parteien. Die alliierten Soldaten müssen daher die Milizen und Aufständischen, die den politischen Prozess mit Gewalt behindern wollen, niederhalten und bekämpfen.

Doch die westlichen Truppen haben dies aus einer Reihe von Gründen nicht geschafft: zu wenig Truppen, mangelnde gute Nachrichtenbeschaffung, die Unmöglichkeit, sich auf Kämpfe einzulassen und gleichzeitig Nichtkämpfende, die häufig Feinde der Koalitionstruppen sind, zu schützen. Durch die Gewalt zwischen den irakischen schiitischen und sunnitischen Muslimen ist ein Bürgerkrieg ausgebrochen, der das Land ins Chaos stürzt. Ein Faktum ist: Es ist unmöglich, eine stabile Regierung zu errichten, wenn die Mitglieder dieser Regierung sich durch Gewalt und ebenso deren Beschützer bekämpfen.

Ein Amerikaner nimmt einen Iraker gefangen.



Seit der Invasion in den Irak am 20. März 2003 sind mehr als 2250 Soldaten der USA durch feindliche Aktionen gefallen. In den vergangenen Monaten waren es jeweils an die 100 US-Soldaten. Schätzungen über getötete zivile Menschen reichen von den offiziellen Zahlen der Administration von 30 000 bis zu mehr als 650 000, wie dies Forscher im britischen medizinischen Journal Lancet darstellen.

Eine irakische Nationalarmee?

Die Vorstellung der USA, Iraker zu Soldaten einer Armee der nationalen Einheit zu formieren, damit diese die Sicherheit für Regierung und Bürger gewährleistet und sich die Koalitionstruppen zurückziehen können, ist gescheitert. Seit zwei Jahren berichten die amerikanischen Ausbilder und Offiziere, dass die irakischen Truppen keinen Sinn für eine nationale Identität haben, nur wegen des Geldes da seien, sich nicht um ihre Pflichten kümmern und sich selbst nicht behaupten könnten. Darüber hinaus würden den Sicherheitskräften übergebene Waffen in Massen verschwinden und vermutlich bei den Aufständischen landen. Doch die offiziellen Stellen, wie der Befehlshaber im Irak, General George Casey, geben andere, optimistische Signale. Mitte Oktober hatte er noch erklärt, dass die Ausbildung der irakischen Truppen etwa zu 75 Prozent abge-

schlossen sei. Innerhalb von 12 bis 18 Monaten würden diese zur «dominanten Kraft» im Irak werden, obgleich auch dann noch einige restliche militärische Präsenz der USA erforderlich sei.

Strategiewechsel gefordert

Generale und Politiker aus beiden grossen Lagern sprechen von der Notwendigkeit



Iraker mit verwundetem Kind.

einer Änderung der Strategie und eines Kurswechsels im Zweistromland. Senator Joseph Biden, der neue Vorsitzende des Komitees für Äussere Angelegenheiten im Senat, ist einer der prominentesten Demokraten, die sich dafür aussprechen. Schon im vergangenen Jahr war er mit seinem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten, die irakische Regierung zu dezentralisieren.

Den drei grossen ethnischen und religiösen Gruppen, den Kurden, Schiiten und Sunniten, solle die Verantwortung für die Sicherheit in ihren Regionen gegeben werden. Den Sunniten, die keine Ölquellen in ihrer Region haben, sollte garantiert werden, an den Öleinkommen aus den anderen Regionen beteiligt zu sein. Eine Zentralregierung sollte bloss eine begrenzte Autorität erhalten.

Studiengruppe

Der Plan wurde auch von der überparteilichen Studiengruppe, die unter dem Vorsitz des früheren Aussenministers James Baker, einem engen Berater des Vaters des Präsidenten, und dem Vize-Vorsitzenden Lee Hamilton (Demokratische Partei) für den Kongress arbeitet, in Betracht gezogen.

James Baker gab bereits vor den Wahlen zu erkennen, dass ein überstürzter Rückzug aus dem Irak, wie ihn einige Politiker immer wieder fordern, unmöglich sei, weil das zu einem massiven Vakuum in der Region führe, in das der Iran und Syrien eindringen würden. Gleichzeitig sprach er sich auch für eine neue Strategie im Irak aus. Man erwartet, dass die USA stärkeres Gewicht auf diplomatische als auf militärische Mittel legen.

Zwei mögliche Vorschläge

Solange die USA das Niederhalten von Milizen und Aufständischen als Vorbedingung für die Bildung einer Regierung fortsetzen – und das strategische Ziel nicht geändert wird –, werden die US-Truppen und ihre Verbündeten im Irak ausgelagert werden. Gleichzeitig haben aus amerikanischer Sicht Staaten wie Nordkorea völlige Handlungsfreiheit. Dementsprechend wird erwartet, dass die Studiengruppe vorschlägt, entweder dass die Regierung ihr strategisches Ziel ändert und die Schaffung einer vereinten Regierung im Irak aufgibt, oder aber, dass die Bildung einer derartigen Regierung nicht von der Schaffung eines sicheren Umfeldes abhängt.

Einige Verfechter einer neuen Strategie für den Irak erwarten, dass die Studiengruppe auch empfiehlt, den Auftrag der Streitkräfte im Irak zu ändern: weg von der Verantwortung für die tägliche Sicherheit hin zu einer neuen Rolle. Die USA



Zerstörte amerikanische Fahrzeuge in Bagdad.

sollten allgemeiner Garant für die Unabhängigkeit des Irak von der iranischen Kontrolle und Verhinderer der Expansion der iranischen Macht auf der Arabischen Halbinsel sein. Das würde einen Rückzug der US-Streitkräfte aus den bewohnten Gebieten bedeuten; anstelle davon sollten sie Enklaven in der Nähe von Städten sowie südlich und östlich des Euphrat bilden.

Hausgemachtes Problem

Mit der politischen Irak-Frage ist jedoch auch ein für Amerika hausgemachtes militärisches Problem verbunden. Der Schwerpunkt des strategischen Problems der USA liegt in der Notwendigkeit, die militärische Option, hauptsächlich jedoch Fähigkeiten der Landstreitkräfte zu verändern. Dabei ist das Irak-Problem mit dem zweiten Konfliktherd, Afghanistan, zu sehen. Amerika muss entweder die Fähigkeiten des Heeres und des Marine Corps dramatisch erhöhen oder den Einsatz im Irak reduzieren. Wenn nichts dergleichen geschieht, sinken die Kontrollfähigkeit und die Möglichkeiten der Einflussnahme auf Ereignisse in anderen Regionen.

Die Landstreitkräfte sind dabei der Kern des Problems. In den Neunzigerjahren konzipiert, ging man von der Annahme aus, dass der Bedarf ausgedehnter Kampfeinsätze der Vergangenheit angehöre. Das Heer wurde nicht nur im Umfang verklei-

net, es wurden auch viele Schlüsselkomponenten der Kampfdivisionen und wichtigen Spezialfähigkeiten in die Armeereserve und Nationalgarde verlagert. Die Annahme, dass man für den Aufmarsch zum Irakkrieg einige Monate benötige, dann eine kurze, intensive Kampfphase habe und anschliessend die Streitkräfte aus einem befriedeten Land zurückziehen könnte, traf nicht zu.

Auch die mobilisierten Verbände der Reserve und der Nationalgarde konnten nicht rasch wieder demobilisiert werden. Mit anschliessenden Aufständen hat man überhaupt nicht gerechnet. Man nahm dann an, dass man den Aufstand in einer überschaubaren Zeit unter Kontrolle hätte, was jedoch nicht gelungen ist. Das grundsätzliche Problem, dass das Heer zu klein ist, wurde nicht gelöst.

Mehrjähriger Aufstand

So hat dieses Heer des Jahres 1990 gegen einen mehrjährigen Aufstand zu kämpfen, gleichzeitig in Afghanistan den Kampf gegen Taliban und Terroristen zu führen und für unerwartete Ereignisse mit weiteren Truppen bereitzustehen. Dass dies für das amerikanische Heer eine unlösbare Aufgabe ist, muss eingesehen werden.

Damit stehen die USA vor der Aufgabe, nicht nur ihre Irakstrategie zu ändern, sondern auch ihre Landstreitkräfte zu reformieren. +